Alles was Recht ist

Wenn Gutachter Partei ergreifen

Eine wichtige, oft sogar entscheidende Rolle in Arzthaftungsprozessen spielt der Sachverständige. Deshalb gelten für ihn strenge Maßstäbe.

In einem Rechtsstreit bezüglich einer Belastungsinkontinenzoperation erhob eine Patientin gleich in mehrfacher Hinsicht Behandlungsfehlervorwürfe, rügte die Indikation des Eingriffs sowie dessen Durchführung und bestritt, ordnungsgemäß aufgeklärt worden zu sein. Infolgedessen leide sie nach mehreren Revisionen unter erheblichen Schäden. Ihr Arzt trat allen Vorwürfen dezidiert entgegen. Ein zur Klärung der Behandlungsfehlervorwürfe bestellter Sachverständiger traf unter anderem folgende Aussagen:

„Wenn auch aus dem vorliegenden Operationsbericht von Dr. A. kein offensichtlicher technischer Fehler abzuleiten ist, so sind hier jedoch einige kritische Bemerkungen zur präoperativen Aufklärung anzubringen. Die Aufklärung gehört zur Operationsleistung.“

Und weiter: *„Wegen der kaum lesbaren Dokumentation von Dr. A. ist man gutachterlicherseits gezwungen, ergänzend auf die Gedächtnisprotokolle der Patientin zurückzugreifen.“*

Sowie: *„Unstrittig ist, dass ...“ Schließlich bestünden „eindeutige Hinweise auf eine Missachtung der ärztlichen Sorgfaltspflicht, vor allem bei einer jungen Patientin, die ihrem Arzt ‚blind‘ vertraut habe“.*

So sah das Gericht den Fall

Das Landgericht Zweibrücken hatte erst die Parteien angehört und dann Beweisbeschluss erlassen. Angesichts der zitierten Aussagen lehnte der Beklagte den Sachverständigen ab und beantragte ein neues Gutachten. Das Gericht gab dem Antrag statt (Beschl. v. 2.3.2016, Az. 2 O 297/13). Es gab auch Befangenheitsgründe, da Tatsachen oder Umstände vorla-

gen, die aus Sicht des Ablehnenden bei vernünftiger Betrachtung die Befürchtung wecken konnten, der Sachverständige stehe der Sache nicht (mehr) unvoreingenommen beziehungsweise unparteilich gegenüber. Erforderlich ist nicht, dass er wirklich parteilich wäre oder das Gericht Zweifel an ihm hat. Für eine Ablehnung genügt vielmehr der begründete Anschein der Parteilichkeit (BGH NJW 1975, 1 363) aus objektivierter Sicht einer vernünftigen Partei (OLG Hamm, Be-schl. v. 26. 2.2015 Az. I-1 W 86/14, 1 W 86/14).

Der Sachverständige hatte hier aber auch aus Sicht des Gerichts diesen Schein erweckt, da er Angaben der Klägerin zugrunde legte, ohne sich mit abweichenden Aussagen des Beklagten überhaupt auseinanderzusetzen. Er nannte sogar Diskrepanzen der Dokumentation im Vergleich zu Gedächtnisprotokollen der Klägerin, folgte jedoch erneut einfach streitigen Angaben der Patientin. Der Sachverständige hatte auch nicht beim für die Beweismäßigkeit zuständigen Gericht angefragt, welche Umstände er zugrunde legen solle. All das erweckte den Eindruck der Einseitigkeit, zumal Dokumentationsbeiträge als „unleserlich“ ignoriert wurden. Statt hierzu eine Leseabschrift zu fordern, wich der Sachverständige wieder auf „Gedächtnisprotokolle der Klägerin“ aus und bezeichnete Dinge als unstrittig, die alles andere als das waren. Vor allem nahm er aber ungefragt außerhalb der Beweisfragen Stellung und meinte sogar, nach eigener „Analyse“ einen Aufklärungsfehler bestätigen zu können. Auch sein Fazit stieß sauer auf, vermittelte es doch den Eindruck, dass ein emotionales Bild

Dr. Martin Sebastian Greiff stellt in dieser Rubrik gerichtliche Entscheidungen aus dem Bereich der Gynäkologie und Geburtshilfe vor.

„pflichtvergessener Arzt gegenüber junger, blind vertrauender Patientin“ insinuiert werden sollte.

Was bedeutet das Urteil für den klinischen Alltag?

Sachverständige nehmen in Prozessen eine mehr als gewichtige Rolle ein und entscheiden mit ihrem Votum an streitrelevanten Schnittstellen oft über Erfolg oder Misserfolg einer Klage. Umso bedeutsamer ist, dass sie unbefangen und objektiv wie Richter an die Bewertung streitiger Sachverhalte herangehen. Daher gelten für sie die gleichen Maßstäbe. Bevor aber ein falscher Eindruck entsteht, sei gesagt, dass die Ablehnung von Sachverständigen nicht einfach und eher selten ist. Die Kasuistik ist umfangreich und erfordert stets eine Einzelfallbetrachtung. Bloße unliebsame Aussagen reichen für eine Ablehnung nicht, ebenso wenig eine etwa aus Sicht des Betroffenen abweichende fachliche Auffassung, mangelnde Sachkunde, Fehler im Gutachten oder überzogene Stellungnahmen. Diese Aspekte können und sollen vielmehr durch das Recht auf ergänzende Anhörung in der Verhandlung geklärt werden.

Dr. Martin Sebastian Greiff, Mag. rer. publ.
Fachanwalt für Medizinrecht
Partner der Kanzlei Ratzel Rechtsanwälte
Romanstraße 77, 80639 München
www.ratzel-rechtsanwaelte.de